

USA: Trump erlässt weitere LGBTI+ feindliche Richtlinien

Im Schatten des Angriffs auf das Kapitol und in seinen letzten Tagen im Amt hat die Regierung Trump ihre Angriffe auf die LGBTI+ Community fortgesetzt: Einmal mehr erlauben sie mit Steuergeldern finanzierten Organisationen, diesmal im Gesundheits- und Sozialwesen, dass sie queere Menschen diskriminieren dürfen, wenn sie dies mit ihrer Religion begründen. Massgeblich betroffen sein werden dabei LGBTI+ Jugendliche.



Erstmals vorgestellt wurden die neuen Regeln bereits im November 2019, doch es dauerte bis jetzt, bis sie nun eingeführt wurden. Quasi im Schatten des Sturms auf das Kapitol und in den letzten Tagen der Trump-Administration hat das Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste HHS nun Richtlinien aus der Ära Obama endgültig aufgehoben, und erlaubt es nun Organisationen, dass sie offen LGBTI+ diskriminieren dürfen, wenn sie dies mit ihrem Glauben begründen können. Dies gilt selbst für Organisationen, welche mit Steuergeldern finanziert werden. So müssen sie etwa gleichgeschlechtliche Ehen nicht mehr akzeptieren.

In besonderem Masse davon betroffen sein werden LGBTI+ Jugendliche. So könnte ihnen der Zugang zu HIV- oder STI-Programmen verweigert werden, aber auch zu Obdachlosenunterkünften oder zu Hilfsprogrammen, wenn es um Drogen und Sucht geht. In einer Pressemitteilung schreibt auch das National Center of Transgender Equality, dass auch Transmenschen überdurchschnittlich von den neuen Richtlinien betroffen sein werden. Die Human Rights Campaign wiederum unterstreicht, dass man diese neuen Regeln bekämpfen werden, da die Diskriminierungen etwa auch auf religiöse Minderheiten oder auf Frauen ausgeweitet werden könnten.

Das letzte Wort diesbezüglich dürfte das Oberste Gericht der USA haben, und dies könnte leider aufgrund der neuen Zusammensetzung seit den vergangenen 4 Trump-Jahren nicht eben von Vorteil sein für die LGBTI+ Community. Die entsprechenden Anhörungen haben bereits stattgefunden und nun wird nur noch das Urteil erwartet. Im entsprechenden Fall geht es um eine Adoptionsagentur. Die Stadt Philadelphia hat die Zusammenarbeit mit der Agentur faktisch gestoppt, weil diese gleichgeschlechtliche Paare nicht berücksichtige und dies gegen die Anti-Diskriminierungsrichtlinien von Philadelphia verstosse. Darauf hat die Agentur gegen die Stadt geklagt und mittlerweile ist der Prozess bereits vor dem Supreme Court angekommen.

Nachtrag vom 13.1.2021: Human Rights Watch kritisiert Trumps LGBTI-Politik

Die Organisation Human Rights Watch hat zahlreiche schwerwiegende Menschenrechtsversäumnisse der Regierung des scheidenden amerikanischen Präsidenten angeprangert. "Donald Trump war ein Desaster für die Menschenrechte", schrieb HRW-Chef Kenneth Roth in dem am Mittwoch veröffentlichten mehr als 700 Seiten starken Jahresbericht der Organisation.

Im Kapitel "sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität" wurde der Trump-Regierung unter anderem vorgeworfen, dass sie versucht habe, "den Schutz von trans Menschen im Gesundheits- und Wohnungswesen zu untergraben". Ausserdem weigere sich der Kongress weiterhin, ein Gleichbehandlungsgesetz zu beschliessen, das auch LGBTI schützt.

Die Menschenrechtsorganisation kritisierte ausserdem weitere Initiativen der Trump-Regierung: Im Inland habe der US-Präsident etwa seine Pflicht missachtet, vor Gewalt und Gefahren geflüchteten

Menschen Schutz zu gewähren, seine Politik habe Kinder und Eltern auf der Flucht auseinandergerissen.

Trump habe ferner Rechtsradikale gestärkt, die Demokratie untergraben und Hass gegen Minderheiten geschürt, so HRW. "Er schloss zudem seine Augen vor systemischem Rassismus bei der Polizei", so Kenneth Roth unter Verweis auf Tötungen wie die des Afroamerikaners George Floyd.

Vom neuen US-Präsidenten Joe Biden verlangt die Human Rights Watch deshalb nicht nur die Umkehr der amerikanischen Regierungspolitik der vergangenen vier Jahre, sondern auch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft. Es müsse so viel Menschenrechtspolitik wie möglich in Gesetzestexte gegossen werden, um zu verhindern, dass künftige US-Regierungen sich aufs Neue an den Menschenrechten versündigen.

gay.ch / 12.1.2021 und 13.1.2021